

Philosophie, Moral und die Legitimation von Ungleichheiten

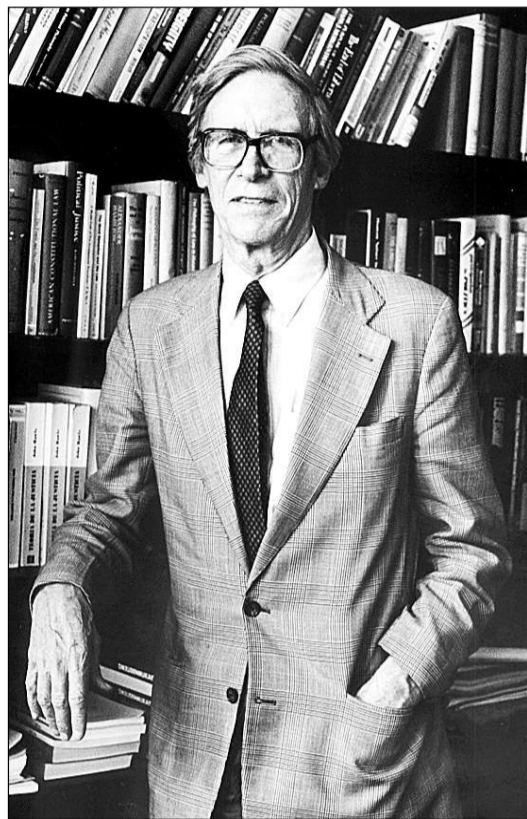
Fairness im Lotteriespiel des Lebens

Soll jemand, der besonders intelligent oder schön ist, mehr verdienen dürfen als andere? Ist es fair, wenn ein Mensch, der einem diskriminierten Geschlecht oder einer diskriminierten Ethnie angehört, weniger Gestaltungs-

macht hat? Welche Ungleichheiten der Lotterie, bei der per Geburt Gesundheit, Vermögen oder Macht verteilt werden, sind gerecht? Welche müssen ausgeglichen werden? Der US-Philosoph John Rawls (1921–2002) hat mit seinem Werk *A Theory of Justice* (1974, dt.: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*) in den letzten Jahrzehnten die Debatten um Umverteilung und Demokratie geprägt.

Rawls stellt die Frage, welche Gerechtigkeitsgrundsätze ein freier Mensch wählen würde, wenn er nicht wüsste, welcher Klasse er angehört oder wie intelligent und gesund er ist. Unter dem „Schleier des Nichtwissens“ würde er sich in das Schicksal des am stärksten Benachteiligten versetzen und ein System wählen, in dem diesem möglichst viele Grundfreiheiten garantiert würden (Maximin-Prinzip), so Rawls. Meinungsfreiheit, ordentliche Gerichtsverfahren und Wahlrecht haben dabei für den Liberalen Rawls Vorrang vor allem anderen.

In seinem zweiten Grundsatz beschäftigt sich Rawls mit sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten. Sein „Unterschiedsprinzip“ besagt, dass solche Ungleichheiten nur dann legitim sind, wenn sie auch dem am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil bringen. Auch Vorteile durch natürliche Güter (wie Unversehrtheit, Intelligenz) sind nur dann gerecht, wenn Menschen mit Behinderungen möglichst viele Grundfreiheiten zukommen. Gleichzeitig muss jeder Vorteil auf Basis von Chancengleichheit erreicht worden sein. Ein höherer Verdienst ist also nur gerechtfertigt, wenn das entsprechende Amt in einem fairen Wettbewerb errungen wurde. (awö)

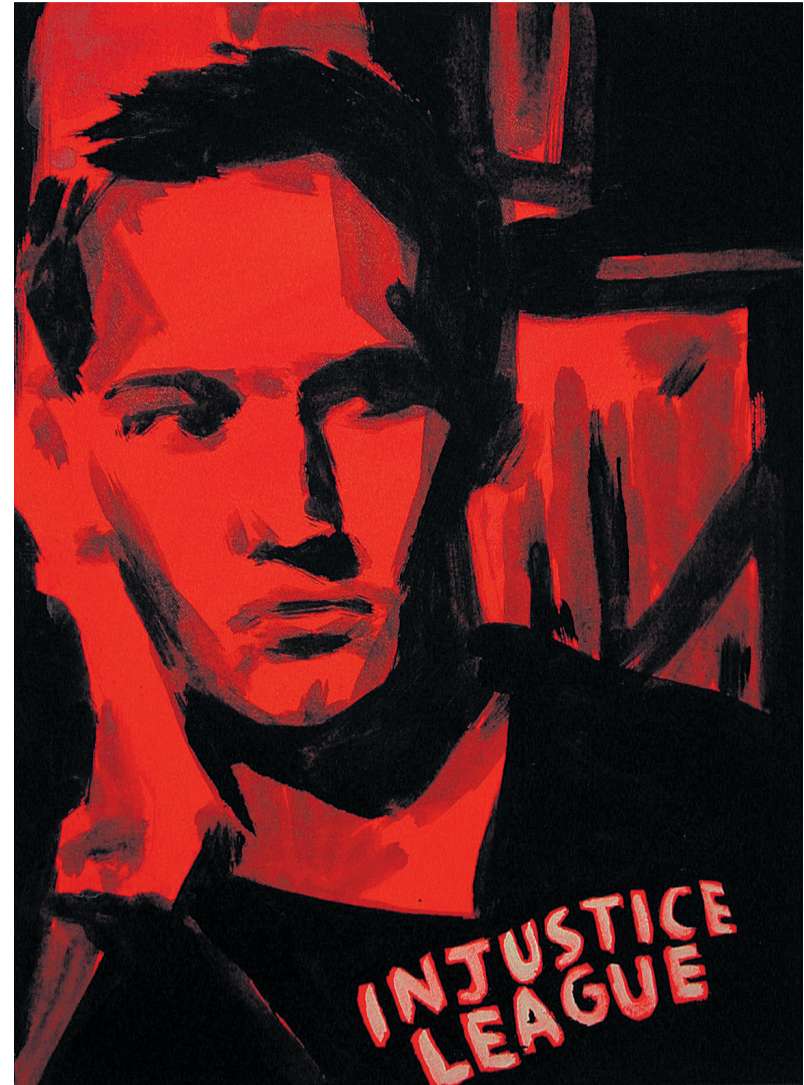


A THEORY OF JUSTICE

John Rawls

John Rawls ist mit seinem Hauptwerk „A Theory of Justice“ (1974) der bis heute einflussreichste moderne Theoretiker der Gerechtigkeit.

Foto: Jane Reed, Harvard



Andreas Leikauf: INJUSTICE LEAGUE

„Wir müssen das Übel bei der Wurzel packen“

Thomas Pogge ist einer der radikalsten Gerechtigkeitsdenker der Gegenwart. Klaus Taschwer sprach mit dem Yale-Professor über die Ursachen der Armut und richtiges Helfen.

STANDARD: Nach neuen Schätzungen sind erstmals mehr als eine Milliarde Menschen von Hunger und Armut bedroht, während die Reichen der Welt immer reicher werden. Das Problem der Gerechtigkeit scheint dringlicher denn je. Pogge: Das scheint nicht nur so, das ist so. Man braucht sich nur ansehen, wie sich der Anteil des ärmsten Viertels der Menschheit am globalen Haushaltseinkommen in den letzten Jahrzehnten entwickelt hat: Der fiel von 1,16 Prozent 1988 auf 0,78 Prozent heute. Das ist ein Rückgang um ein Drittel. Das muss man sich einmal vergegenwärtigen: 25 Prozent der Menschen dieses Planeten verdienen gerade einmal ein Dreiviertelprozent!

STANDARD: Wie kam es Ihrer Meinung nach dazu?

Pogge: Die Wurzel des Übels sind die Grundregeln unseres globalen Wirtschaftssystems, die in den vergangenen 20 bis 30 Jahren in internationalen Verhandlungen ausgeknobelt wurden. Bei diesen Verhandlungen geben die wichtigen Regierungen den Ton an – und sind dabei von mächtigen Konzernen und Banken beeinflusst, die es sich leisten können, Lobbying zu betreiben.

STANDARD: Das klingt ein wenig nach Verschwörung. Lobbying gibt es doch überall.

Pogge: Aber auf nationaler Ebene gibt es wenigstens die Möglichkeit demokratischer Gegenmaßnahmen. Im Notfall mobilisiert die Zivilgesellschaft, geht auf die Straße und diskutiert schlechte Gesetze in Zeitungen. Aber auf internatio-

naler Ebene findet das zumeist hinter verschlossenen Türen statt, und man weiß erst hinterher, was da eigentlich beschlossen wurde. Und völlig unklar ist, wie jene Wendungen in den Text reingekommen sind, die dann so viel Schaden anrichten. Keiner dieser Mächtigen hasst die Armen, aber das Ergebnis dieser Verhandlungen ist, dass immer weniger für sie übrigbleibt.

STANDARD: Sie sind in Ihren Konzepten globaler Gerechtigkeit sehr rigoros, was unsere Mitverantwortung angeht – viel strenger als die meisten Ihrer Kollegen. Wie begründen Sie diese ethischen Pflichten, die wir Ihrer Meinung nach haben?

Pogge: In drei Schritten – und zum Teil mit dem bereits Gesagten: Der erste Schritt ist, dass die globalen Handelsabkommen und andere internationale Verträge großen Einfluss auf die Wohlstandsverteilung der Welt haben und im Moment ungerecht gestaltet sind, sodass die Menschenrechte wegen Hunger und extremer Armut massiv untererfüllt sind. Zweitens wird dieses

Regelwerk von den einflussreichen Regierungen – einschließlich den europäischen – ausgestaltet und durchgesetzt. Zum Dritten schließlich sind wir Bürger dafür verantwortlich, was unsere Regierungen in unserem Namen tun.

STANDARD: Ihr Doktorvater John Rawls, der einflussreichste Gerechtigkeitstheoretiker der letzten Jahrzehnte, war da anderer Meinung.

Pogge: Richtig, Rawls meinte, dass es reichen würde, wenn jene Län-

der, die politisch einigermaßen wohlgeordnet sind, auf unser Minimalniveau gebracht werden würden. Die übrigen Länder würden uns ohnehin nichts angehen. Ich behaupte demgegenüber, dass wir negative Pflichten haben, etwas gegen die Armut und die Ungerechtigkeit in der Welt zu tun.

STANDARD: Müssen wir also unsere Hilfsmaßnahmen verstärken?

Pogge: Diese jetzige Form der Hilfe für die Ärmsten ist so, wie wenn man gegen einen Wind anpusten würde. 10.000 Entwicklungshelfer und Ärzte in diesen Ländern können oft nicht viel mehr ausrichten, als eine einzige Entscheidung eines Rohstoffkonzerns oder eines Investmentfonds zu neutralisieren. Wir müssen das Übel an der Wurzel packen und beim globalen Wirtschaftssystem und seinen Regeln ansetzen.

STANDARD: Worin setzen Sie da die größten Hoffnungen?

Pogge: Politiker werden wenig dagegen tun, wenn sie keinen Druck von unten bekommen, und dieser moralische Druck wird nicht von Firmenchefs oder Bankiers kommen, sondern von uns Bürgern. Insofern ist es wichtig, den Bürgern zu sagen, was wirklich los ist, denn die Informationen, die man über das globale Armutproblem kriegt, sind ja zum größten Teil geschönt. Zugleich glaube ich, dass die Moral allein nichts ausrichten kann. Allein für sich genommen ist die Moral als Kraft zu schwach. Die Moral muss sich gewissenmaßen nach Chancen umsehen, wo sie sich mit Klugheitsargumenten verbünden kann.

STANDARD: Können Sie ein Beispiel dafür geben?

Pogge: Eine dieser Ideen ist der Health Impact Fund, an dem ich seit einigen Jahren arbeite. Im Grunde geht es dabei darum, die Preise der Medikamente von den Kosten der Forschung abzukoppeln und stattdessen nach ihren Gesundheitsauswirkungen zu bezahlen. Dieses Konzept würde weltweit zu einer besseren Versorgung mit lebenswichtigen Medikamenten gerade für die Ärmsten führen. Das wäre auch ein riesiger moralischer Gewinn.

”



Die Moral allein für sich genommen ist als Kraft zu schwach.

“

nen Mehrwert zu prämiieren. Das zweite Gebiet wären grüne, nachhaltige Technologien. Auch die werden nicht überall benützt, weil die Patentkosten zu hoch sind.

STANDARD: Viele Ihrer Ideen hören sich für einen Philosophen überraschend praktisch an. Worum geht es Ihnen bei Ihrer Arbeit? Mehr um die Theorie oder mehr um die Praxis?

Pogge: Mir geht es um zweierlei: Zum einen will ich, dass meine Vorschläge wie der Health Impact Fund den strengsten wissenschaftlichen Kriterien genügen. Ich möchte nichts unterstützen, was nicht funktionieren könnte. Die Welt ist ein sehr komplizier-

ter Mechanismus, und wenn man den verändern will, dann braucht man dazu ausgereifte Konzepte. Zum anderen habe ich die große Ambition, die Philosophie so zu verändern, dass das, was ich mache, noch hoffähiger wird. Eine gute politische Philosophie ist eine, mit der man in der Welt auch etwas anstellen kann. Das ist übrigens eine Idee, die auf ein kleines Gespräch mit John Rawls etwa 1979 in Harvard zurückgeht.

STANDARD: Worum ging es dabei?

Pogge: Ich fragte ihn damals, ob sein erstes Gerechtigkeitsprinzip – also der Anspruch auf gleiche Grundfreiheiten, die mit den Freiheiten für alle vereinbar sind – in den USA eigentlich erfüllt sei.

STANDARD: Was war seine Antwort?

Pogge: Er zuckte nur mit den Schultern und sagte: „Das weiß ich doch nicht.“ Darauf erwiderte ich: „Aber wer soll das sonst wissen, wenn nicht Sie.“ Woraufhin er wieder meinte, das sei Sache der Ökonomen oder der Juristen. Dann sagte ich, dass die ja gar nicht wissen, wie sie das anhand seiner Theorie überprüfen sollten. Das hat ihn ein bisschen nachdenklich gestimmt, und er schrieb dann auch einen Aufsatz darüber. Für mich war das eine Art Schlüsselerlebnis, aus dem ich meine Konsequenzen zog: Wenn man schon moralische Prinzipien der Gerechtigkeit aufstellt, dann muss man auch genaue Kriterien dafür angeben, wie zu beurteilen ist, ob diese Prinzipien realisiert sind oder nicht.

www.healthimpactfund.org

Langfassung des Interviews unter derStandard.at/Wissenschaft

THOMAS POGGE (58) ist Professor für Philosophie und internationale Angelegenheiten an der Yale University. Der gebürtige Deutsche studierte Soziologie in Hamburg und promovierte bei John Rawls an der Harvard University. Zahlreiche Bücher zu Rawls und Fragen der globalen Gerechtigkeit. Foto: Hæge Håtvæit